



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN AUSTRALIEN

CANBERRA/Red Hill, A. C. T. 2603

44 Endeavour Street
Tel. 95 01 38
95 01 39

8. März 1974

Ref.:

381.1

cn									
Datum									
Visa									
EPD									
Ref. p. A. 21.31. <i>Canberra</i>									

Vorsteher des Eidg. Politischen
Departements

3003 Bern

PB Nr 3

Unlösbares Problem der
australischen Ureinwohner

NP
zu 28/11

Vor kurzem ist das Ureinwohnerproblem Australiens in den Vordergrund der Diskussionen sowohl in der Öffentlichkeit als im Parlament gerückt, wobei das durch die Regierung Whitlam neu errichtete Ministerium für Ureinwohner Zielscheibe heftiger Angriffe wurde.

Im genannten Ministerium ist, wohl aus optischen und taktischen Gründen, seinerzeit ein Ureinwohner-Mischling namens C.N. Perkins mit dem Rang eines stellvertretenden Staatssekretärs angestellt worden. Zu wiederholten Malen hat er am Ministerium Kritik geübt, seinen Vorgesetzten öffentlich der Unfähigkeit bezichtigt und an einer politischen Versammlung die Liberale und Country Partei als Rassisten bezeichnet. Er wurde daraufhin entlassen, weil er sich gegen das Beamtengesetz vergangen habe. Dies führte zu einem Aufruhr unter den Ureinwohnern, die anlässlich der Parlamentseröffnung durch Königin Elisabeth II demonstrierten und einen der ihnen mit einer Pistole bewaffnet ins Ministerium sandten, wo er eine Anzahl von Beamten über eine längere Zeit terrorisierte. Der Minister für Ureinwohner, Cavanagh, erklärte an einer Pressekonferenz, die Politik der Labourregierung gegenüber den Schwarzen sei tatsächlich katastrophal gewesen. Es seien erhebliche Mittel verschleudert worden und überhaupt könne das Problem mit Geld nicht gelöst werden. Perkins habe sich immerhin gegen das Reglement vergangen und müsse suspendiert werden. Mit dieser Stellungnahme erklärte sich Premierminister



- 2 -

Whitlam seinerseits nicht einverstanden. Er desavouierte seinen Minister und äusserte, er hätte Perkins niemals entlassen. Schliesslich fand die in der Affäre offenbar gespaltene Labour-Regierung einen Ausweg. Der randalierende stellvertretende Staatssekretär wurde wieder eingestellt mit der Begründung, er habe bei der Entwaffnung des Terroristen im Ministerium unter persönlichem Einsatz massgeblich mitgewirkt. Immerhin stehen Minister Cavanagh und einzelne Mitarbeiter unter Todesdrohungen seitens aufgebrachter Ureinwohner und müssen durch ein besonderes Polizeiaufgebot bewacht werden.

Mein erster Mitarbeiter hatte Gelegenheit, einem Seminar der Universität Canberra beizuwohnen, an welchem auch Ureinwohnerprobleme besprochen wurden. Dabei trat Perkins als Referent auf. Er erörterte die Schwierigkeit, die Belange der 200'000 Ureinwohner zu fördern und kritisierte vor allem die australische Bürokratie, die er monströs und ausserstande nannte, den menschlichen Problemen der Schwarzen nahe zu kommen. Viel Geld werde nutzlos ausgegeben, weil es auf beiden Seiten, bei Weissen und Schwarzen, an Einfühlungsvermögen, Verständnis und gutem Willen fehle. Nach Perkins sollte das Ministerium für Ureinwohner dezentralisiert und hauptsächlich von den Schwarzen selber verwaltet werden. Diese müssten auf allen Gebieten zur Mitsprache und Mitbeteiligung herangezogen werden. Dabei gab er zu, dass es schwierig sei, Führungskader auszubilden. Die Landrechte der Ureinwohner berührend, die durch zahlreiche oberflächliche Pressereporter zum Gegenstand gehässiger Artikel gemacht worden sind und mit denen sich die extreme Linke der ganzen Welt mit besonderem Eifer beschäftigt, sind nach der Meinung Perkins nicht von wesentlicher Bedeutung, namentlich nicht im Norden des Kontinents (wo z.B. die Alusuisse ihr Bauxit- und Aluminawerk betreibt), wo für die Schwarzen genügend grosse Siedlungsgebiete vorhanden seien. Die Frage von Landbesitz stelle sich dringlicher in den dichter bevölkerten Staaten New South Wales, Victoria und Südaustralien, wo die Ureinwohner am Rande der Agglomerationen eine klägliche Existenz führen. Der Redner hinterliess einen

- 3 -

vorteilhaften Eindruck. Trotz seines Temperaments ist er offenbar dazu berufen, sich in vernünftiger Art und Weise für die Schwarzen Australiens einzusetzen, wenn auch vorläufig keine Lösung des Problems zur Hand zu sein scheint. Die Gattin eines Labourministers, die sich in löblichem Eifer in die Gebiete der Ureinwohner begeben hat, um ihre Probleme zu studieren, äusserte sich überaus pessimistisch. Im Zentrum der Aufgabe stehe die Erziehung der Kinder, die bei der Lebensweise und dem Charakter der Ureinwohner einfach nicht vorangetrieben werden könne.



(M. Koenig)

Canberra, 8. März 1974

Zusammenfassung

PB Nr 3

Unlösbares Problem der australischen Ureinwohner

Das Problem der australischen Ureinwohner hat sich verschärft, nachdem einer ihrer Vertreter in seiner Eigenschaft als stellvertretender Staatssekretär im zuständigen Ministerium, Perkins, seine Vorgesetzten öffentlich kritisiert und die liberale und Country-Parteien als rassenfeindlich bezeichnet hatte. Vorerst entlassen, musste der Gemassregelte unter dem Druck der Ureinwohner, die demonstrierten und einen Terroristen ins Ministerium sandten, wieder eingestellt werden, wobei Ministerpräsident Whitlam seinen in der Sache zuständigen Ministerkollegen desavouierte. Dieser gab übrigens an einer Pressekonferenz freimütig zu, die bisherige Politik der Labourregierung gegenüber den Schwarzen sei katastrophal gewesen, eine Bemerkung, die auf Zerwürfnisse innerhalb des Kabinetts schliessen lässt. Perkins räumte anlässlich eines Vortrages in der Universität Canberra ein, dass es an Einfühlung und gutem Willen auf beiden Seiten fehle. Die Frage der Landrechte für Eingeborene sei keineswegs von zentraler Bedeutung, jedenfalls nicht im Norden (wo Alusuisse ihr Werk errichtet hat), da dort genug Siedlungsraum zur Verfügung stehe.

